S 3 KR 559/17

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Niedersachsen-Bremen
Sozialgericht	Sozialgericht Osnabrück
Sachgebiet	Krankenversicherung
Abteilung	-
Kategorie	-
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 3 KR 559/17
Datum	27.09.2018

2. Instanz

Aktenzeichen	-
Datum	-

3. Instanz

Datum	-
-------	---

Der Bescheid der Beklagten vom 04.04.2017 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 04.12.2017 wird aufgehoben.

Die Beklagte wird verurteilt, den Kläger mit einem Bildschirmlesegerät mit Vorlesefunktion Merlin Elite pro 24 Zoll zu versorgen.

Die notwendigen außergerichtlichen Kosten der Klägerin sind von der Beklagten zu tragen.

Â

Â

Tatbestand

Â

Der Kläger beansprucht von der Beklagten die Versorgung mit einem kombinierten elektronischen Lese- und Vorlesegerät.

Ä

Der am B.. B..1943 geborene KlÄxger ist bei der Beklagten krankversichert. Unter Vorlage eines Kostenvoranschlags fÄ¼r ein âMerlin Elite pro 24 Zollâ BildschirmlesegerÄxt inklusive Vorlesefunktion wandte sich die Firma C. GmbH mit Schreiben vom 10.03.2017 im Namen des KlÄxgers an die Beklagte unter BeifÄ¼gung einer entsprechenden augenÄrztlichen Verordnung vom 16.02.2017 und beantragte dafÄ¼r die KostenÄ¼bernahme. Die Beklagte wandte sich an den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung (MDK) zwecks PrÄ¼fung. In seinem/i ihrem Gutachten vom 23.03.2017 erklÄrte der/die SachverstÄndige, der KlÄxger leide an einer funktionellen Erblindung. Der Visus sei mit Lichtschein fÄ¼r das rechte Auge und Handbewegungen fÄ¼r das linke Auge angegeben. Es seien auch schon vor mehr als fÄ¼nf Jahren Blindenhilfsmittel erforderlich geworden. Aus den vorgelegten Unterlagen erschlieÄe sich die Notwendigkeit einer elektronisch vergrÄÄernden Sehhilfe nicht. Denn es sei nicht erkennbar, dass der Visus hierfÄ¼r noch ausreiche. Zur Herstellung einer ausreichenden LesefÄhigkeit reiche die Versorgung mit einem VorlesegerÄxt aus. Dies sei deutlich wirtschaftlicher als das beantragte kombinierte GerÄxt.

Mit Bescheid vom 04.04.2017 lehnte die Beklagte daraufhin den Antrag ab und erklÄrte, dass fÄ¼r die Herstellung der LesefÄhigkeit die Versorgung mit einem VorlesegerÄxt ausreiche. Hiergegen erhoben die ProzessbevollmÄchtigten des KlÄxgers Widerspruch. Zur BegrÄ¼ndung machten die ProzessbevollmÄchtigten zum einen geltend, dass das vorhandene geschlossene VorlesegerÄxt nicht mehr funktionsfÄhig sei. Der KlÄxger wolle ein solches auch nicht, selbst wenn es noch repariert werden kÄnne, behalten. Denn das BildschirmlesegerÄxt mit Vorlesefunktion sei gerade deswegen beantragt worden, weil der Bedarf des KlÄxgers durch das geschlossene VorlesegerÄxt nicht gedeckt werden kÄnne. Die geschlossenen Systeme erlaubten allein das Einscannen von Texten ohne weitere BearbeitungsmÄglichkeiten. Gerade lÄngere und komplexe Texte seien mittels eines geschlossenen Vorlesesystems nicht adÄquat und bedarfsdeckend erfassbar. Die eingescannten Texte kÄnnten nicht bearbeitet werden. Dies fÄ¼hre dazu, dass sie vollkommen unstrukturiert wiedergegeben wÄ¼rden. Besonders bedeutsam werde dieser Umstand zum Beispiel bei der LektÄ¼re von Lexika oder Zeitschriften, die zudem wegen ihres Formats im Spaltendruck mit integrierten WerbeflÄchen und Fotos ohnehin nur in unzureichender QualitÄt von dem KlÄxger selbstÄndig eingescannt werden kÄnnten. AuÄerdem gehe auch aus der Stellungnahme des MVZ fÄ¼r Augenheilkunde im Klinikum A-Stadt vom 09.05.2017 eindeutig hervor, dass der KlÄxger noch kurze Texte so lesen kÄnne. Er brauche fÄ¼r lÄngere Texte die Vorlesefunktion, da wegen der minimalen RestsehschÄrfe hier das Lesen mit einem reinen LesegerÄxt zu schwierig sei. Der KlÄxger benÄtigt das beantragte kombinierte BildschirmvorlesegerÄxt fÄ¼r die Nutzung zu Hause. Die Vorlesefunktion diene dem Erfassen von lÄngeren Texten. Die VergrÄÄerungsfunktion sei unerlÄsslich, um auch handgeschriebene Texte lesen und Bilder ansehen zu kÄnnen bzw. sich in umfangreichen Texten zur Auswahl der eigentlichen LektÄ¼re orientieren und die wesentlichen Passagen auffinden zu kÄnnen. Der KlÄxger sei auch auf das GerÄxt insbesondere fÄ¼r das AusfÄ¼llen von Formularen, Anfertigen von Notizen und Schreiben von Briefen angewiesen.

Auch für einige Tätigkeiten im Haushalt wie zum Beispiel das Lesen von Aufschriften auf Lebensmitteln oder Putzmitteln sei die Vergrößerungsfunktion unverzichtbar. Das beantragte Gerät sei daher notwendig zur Deckung seines Grundbedürfnisses nach informationeller und kommunikativer Selbstbestimmung. Zudem sei auch bezüglich der Vergrößerungsfunktion des Hilfsmittels der unmittelbare Behinderungsausgleich betroffen. Insoweit gelte das Gebot eines möglichst weitgehenden Ausgleichs des Funktionsdefizits.

Die Beklagte schaltete daraufhin erneut den MDK ein. Die Sachverständige Dr. D., Augenärztin, führte in ihrem Gutachten vom 08.06.2017 dazu aus, es sei bei einem Visus von Lichtschein und Fingerzähnen nicht glaubhaft nachvollziehbar, dass mit einem elektronischen Lesegerät sinnerfassendes Lesen möglich sei. Aus diesem Grund sei der Versicherte mit einem geschlossenen Vorlesesystem versorgt worden. Er habe somit Zugang zu gedruckten Texten im Rahmen des Basisausgleichs. Damit sei die Krankenkasse ihren Versorgungsauftrag nachgekommen. Die zusätzliche Versorgung mit einer elektronisch vergrößernden Sehhilfe überschreite das Maß des medizinisch Notwendigen und sei somit unwirtschaftlich. Da im Vergleich zu einem geschlossenen System mit einem offenen Vorlesegerät der Zugang zu gedruckten Medien barrierefreier sei, sei der Krankenkasse zu empfehlen, aus Kulanzgründen einen Austausch des geschlossenen gegen ein offenes Vorlesesystem in Erwägung zu ziehen.

Das Ergebnis der Begutachtung teilte die Beklagte dem Kläger mit und bat mitzuteilen, ob er seinen Widerspruch aufrechterhalten wolle. Zugleich erklärte sie, dass die Versorgung mit einem Standard-Bildschirmlesegerät möglich sei. Die Prozessbevollmächtigten des Klägers teilten dazu mit, dass der Widerspruch aufrecht erhalten bleibe: Es sei anscheinend so, dass der MDK-Sachverständigen bei Erstellung des Gutachtens die Widerspruchsbegründung nicht vorgelegen habe. Außerdem sei darauf hinzuweisen, dass es vor acht Jahren Bildschirmlesegeräte mit Vorlesefunktion noch nicht gegeben habe. Für den Kläger habe daher nur die Möglichkeit bestanden, sein Grundbedürfnis nach Information mit dem damals beantragten geschlossenen Vorlesesystem zu erfüllen. Hätte bereits zum damaligen Zeitpunkt die Möglichkeit bestanden, ein Bildschirmlesegerät mit Vorlesefunktion zu erhalten, so hätte der Kläger die Versorgung mit einem geschlossenen Vorlesesystem nicht beantragt.

Mit Widerspruchsbescheid vom 04.12.2017 wies die Beklagte den Widerspruch zurück. Zur Begründung führte sie aus, es sei nicht nachvollziehbar belegt, dass mit dem zusätzlich beantragten elektronischen Lesegerät ein sinnerfassendes Lesen möglich sein könne.

Â

Hiergegen richtet sich die am 08.12.2017 erhobene Klage. Die Prozessbevollmächtigten des Klägers wiederholen dazu ihre Begründung aus dem Widerspruchsverfahren.

Â

Der Prozessbevollmächtigte des Klägers beantragt,

den Bescheid der Beklagten vom 04.04.2017 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 04.12.2017 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, den Kläger mit einem Bildschirmlesegerät mit Vorlesefunktion â€œMerlin Elite pro 24 Zollâ€œ zu versorgen.

Â

Die Beklagte beantragt,

Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â die Klage abzuweisen.

Â

Das Gericht hat zur weiteren medizinischen Sachaufklärung einen Befundbericht vom Augenarzt Dr. D. eingeholt.

Â

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhalts und des weiteren Sachvortrages der Beteiligten wird auf die Gerichts- und die beigezogene Verwaltungsakte der Beklagten verwiesen, die Gegenstand der mündlichen Verhandlung waren.

Â

Â

Entscheidungsgründe

Â

Die Klage ist zulässig und auch begründet.

Der Bescheid der Beklagten vom 04.04.2017 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 04.12.2017 ist rechtswidrig und daher aufzuheben.

Versicherte haben gemäß [Â§ 27 Abs. 1 Satz 1](#) des fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) Anspruch auf Krankenbehandlung, wenn sie notwendig ist, um eine Krankheit zu erkennen, zu heilen, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder Krankheitsbeschwerden zu lindern. Nach Satz 2 dieser Vorschrift umfasst die Krankenbehandlung unter anderem die Versorgung mit Hilfsmitteln. Hierzu regelt [Â§ 33 Abs. 1 Satz 1 SGB V](#) konkret, dass Versicherte Anspruch auf Versorgung mit Hörhilfen, Körperersatzstücken, orthopädischen und anderen Hilfsmitteln haben, die im Einzelfall erforderlich sind, um den Erfolg der Krankenbehandlung zu sichern, einer drohenden Behinderung vorzubeugen oder eine Behinderung auszugleichen, soweit die Hilfsmittel nicht als allgemeine Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens oder nach [Â§ 34 Abs. 4 SGB V](#) ausgeschlossen sind.

Bei dem beantragten elektronischen Lese- und Vorlesegerät handelt es sich weder um ein nach [Â§ 34 Abs. 4 SGB V](#) ausgeschlossenes Mittel noch handelt es sich um einen allgemeinen Gebrauchsgegenstand des tÃ¤glichen Lebens. Von den in [Â§ 33 Abs. 1 Satz 1 SGB V](#) genannten drei Tatbestandsalternativen ist vorliegend die dritte Alternative betroffen; das beantragte GerÃ¤t soll dem Behinderungsausgleich dienen. Es wird dabei danach unterschieden, ob es sich um Hilfsmittel zum mittelbaren oder unmittelbaren Behinderungsausgleich handelt. WÃ¤hrend es bei dem unmittelbaren Behinderungsausgleich darum geht, die ausgefallene oder beeintrÃ¤chtigte KÃ¶rperfunktion durch das Hilfsmittel zu ermÃ¶glichen oder weitestgehend zu ersetzen, geht es im Bereich des mittelbaren Behinderungsausgleichs darum, die direkten und indirekten Folgen der Behinderung angemessen auszugleichen, wobei von der gesetzlichen Krankenversicherung nur eine Basisversorgung geschuldet wird. Insoweit ist erforderlich, dass ein GrundbedÃ¼rfnis des tÃ¤glichen Lebens betroffen ist. Hierzu gehÃ¶ren neben dem Sehen und HÃ¶ren auch das ErschlieÃ¼en eines gewissen kÃ¶rperlichen und geistigen Freiraums.

Das beantragte kombinierte elektronische Lese- und VorlesegerÃ¤t setzt nicht unmittelbar an der Behinderung selbst an wie zum Beispiel ein KÃ¶rperersatzstÃ¼ck. Nach Auffassung des Gerichts ist es daher dem Bereich des mittelbaren Behinderungsausgleichs zuzuordnen. Denn es kann das eingeschrÃ¤nkte SehvermÃ¶gen des KIÃ¤gers nicht wiederherstellen. Ob eine Aufspaltung des KombigerÃ¤ts vorzunehmen ist, um im Hinblick auf die Lesefunktion des GerÃ¤ts die Zuordnung zum Bereich unmittelbarer Behinderungsausgleich vornehmen zu kÃ¶nnen, kann vorliegend aber auch dahinstehen. Denn nach Auffassung des Gerichts hat der KIÃ¤ger Anspruch auf Versorgung mit dem beantragten KombigerÃ¤t auch dann, wenn man dieses Hilfsmittel komplett dem Bereich des mittelbaren Behinderungsausgleichs zuordnet. Betroffen sind das allgemeine GrundbedÃ¼rfnis des selbstÃ¤ndigen Wohnens sowie das GrundbedÃ¼rfnis nach ErschlieÃ¼ung eines gewissen geistigen Freiraums. â Zu dem fÃ¼r das selbstÃ¤ndige Wohnen erforderlichen geistigen Freiraum zÃ¤hlt unter anderem die FÃ¤higkeit, die fÃ¼r eine selbstÃ¤ndige Lebens- und HaushaltsfÃ¼hrung notwendigen Informationen erhalten bzw. aufnehmen zu kÃ¶nnen. (â!) Die fÃ¼r das selbstÃ¤ndige Wohnen elementaren hauswirtschaftlichen Verrichtungen setzen eine uneingeschrÃ¤nkte visuelle Wahrnehmung voraus.â (BSG, Urteil vom 10.03.2011, [B 3 KR 9/10 R](#), Rn. 15, 17). Diese GrundbedÃ¼rfnisse werden durch das vom KIÃ¤ger beantragte kombinierte Vorlese- und LesegerÃ¤t befriedigt. Es erleichtert dem KIÃ¤ger ein selbstbestimmtes Leben. Es ermÃ¶glicht ihm, wie auch von den ProzessbevollmÃ¤chtigten des KIÃ¤gers vorgetragen, alle mÃ¶glichen Arten und Formen von Texten â handgeschriebene Texte, BÃ¼cher, Zeitschriften, Formulare, Notizen oder auch z.B. Aufschriften auf Lebensmitteln oder Putzmitteln â zu lesen bzw. sich lÃ¤ngere Texte vorlesen zu lassen. Dass dem KIÃ¤ger ein sinnerfassendes Lesen nicht mehr mÃ¶glich sein kÃ¶nnte, wie der MDK nach Aktenlage annimmt, ist fÃ¼r das Gericht nicht Ã¼berzeugend. Dem steht entgegen, dass eine erfolgreiche Erprobung stattgefunden hat und vor allem auch der behandelnde Augenarzt in seinem Befundbericht fÃ¼r das Gericht vom 20.03.2018 dazu erklÃ¤rt hat, dass der KIÃ¤ger ein solches Lese- und VorlesegerÃ¤t

ausprobiert, als hilfreich bewertet habe und er keinen Grund habe, dies anzuzweifeln. Der Umstand, dass der Kläger bislang nur mit einem geschlossenen System versorgt worden ist, lässt ebenfalls keine negativen Schlussfolgerungen zu. Denn zu Recht ist insoweit vorgetragen worden, dass zum damaligen Zeitpunkt ein solches Kombinationsgerät noch nicht zur Verfügung gestanden hat. Mit den Erklärungen zur Begrandung der Klage sowie aufgrund des Eindrucks in der mandlichen Verhandlung hat das Gericht deshalb keine Zweifel daran, dass die beantragte Versorgung für den Kläger eine gute Möglichkeit bietet, die sehr stark eingeschränkte Sehahigkeit jedenfalls teilweise auszugleichen. Dieses Hilfsmittel ist auch nicht unwirtschaftlich. Im Hinblick auf die vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten kann unterstellt werden, dass das Hilfsmittel täglich benutzt wird. Es bietet daher auch bezüglich der Lesefunktion erhebliche Gebrauchsvorteile. Der Kläger brauchte sich daher nicht mit einem reinen Vorlesegerät zufriedengeben.



Die Kostenentscheidung beruht auf [ 193](#) Sozialgerichtsgesetz (SGG).

Erstellt am: 26.05.2023

Zuletzt verändert am: 23.12.2024